

Änderungsantrag:	Ä-1
Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Einleitung

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

„(...) In unserem „Hamburger Programm“ definieren wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. **Wir machen Politik für die vielen und nicht für das oberste ein Prozent der Gesellschaft.** (...)“

Begründung:

Der Bezug auf die Grundwerte des demokratischen Sozialismus ist zu „allgemein“-gültig. Wir müssen deutlich machen, für wen wir Politik machen.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:	Ä-2
Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Einleitung

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

„(...) Unser Anspruch ist es, diese **Grund**werte in alltägliche Politik umzusetzen und den Frankfurter:innen durch unsere tägliche Arbeit zu zeigen, dass wir diejenigen sind, die Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit haben. (...)

Begründung:

Redaktionelle Änderung

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:	Ä-3
Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Einleitung

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

*(...) Unsere aktuellen Strukturen sind auf 12.000 Mitglieder ausgerichtet. Gegenwärtig besteht der Unterbezirk Frankfurt aus rund 3.500 Mitgliedern. (...)*

- a) **Streichung des Satzes:**-Ein Anpassungsprozess, so wie ihn auch andere vergleichbare Unterbezirke durchgeführt haben, ist erforderlich.
- b) **Und Ersetzung durch:** Mit der Strukturreform wollen wir die Grundlage für eine stärkere Einbindung der Mitglieder und steigende Mitgliederzahlen legen.

Begründung:

Die Aussage über einen - aus der aktuellen Mitgliederzahl - resultierenden Anpassungsprozess sollte gestrichen werden, da die Formulierung einen Schrumpfungsprozess impliziert, der angesichts der gesellschaftlich-politischen Herausforderungen, vor denen die SPD steht, nicht angebracht erscheint.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:	Ä-4
Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Einleitung

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

„ (...) *Unsere Ortsvereine sind die zentrale Aktionsebene der SPD und müssen in dieser Eigenschaft gestärkt werden! Sie sind Herzkammer der SPD und Ort für Kommunalpolitik. (...)*“

**Streichung der Worte:** Ort für Kommunalpolitik; und **Ersetzung durch** „Ort der politischen Diskussion“.

**Danach ergänzend folgenden Satz:** Wir nehmen den Auftrag des Grundgesetzes, als Partei an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, ernst.

Begründung:

Die politische Arbeit der Ortsvereine als Basisorganisation der SPD beinhaltet nicht nur Kommunalpolitik.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:	Ä-5
Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Einleitung

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

„ (...) *Weniger interne Runden, mehr raus auf die Straße!* (...)“

**Streichung der Worte:** raus auf die Straße! **und Ersetzung durch** „Gespräche mit den Bürger:innen.“

Begründung:

Redaktionelle Änderung

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:	Ä-6
Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Einleitung

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

„ (...)Dafür brauchen wir moderne Strukturen, die sich an der Lebenswirklichkeit orientieren und eine nachhaltige Vermittlung der wesentlichen Inhalte der aktuellen Kommunal-, Landes- und Bundespolitik gewährleistet. (...)“

**Streichung der Worte:** „eine nachhaltige Vermittlung der wesentlichen Inhalte“ **und Ersetzung durch** „einen nachhaltigen Dialog über die Inhalte“

Begründung:

Politik ist keine Einbahnstraße.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Handlungsfeld 1, Parteiorganisation, Punkt 4

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Punkt 4. wird abgelehnt

Begründung:

Die Einführung einer neuen Ebene zwischen Unterbezirk und Ortsverein wird abgelehnt, da diese Ebene den direkten Austausch zwischen Ortsverein und Unterbezirk behindert. Die politische Willensbildung in der SPD findet auf Ortsvereins bzw. Unterbezirksebene statt. Eine zusätzliche Ebene Stadtverband mit 5 separaten Gebilden erschwert das einheitliche Erscheinungsbild der Frankfurt SPD, zumal die angedachten Stadtverbände keine Entsprechung in den kommunalpolitischen Gremien (Ortsbeirat und Stadtverordnetenversammlung) finden.

Darüber hinaus würden ehrenamtlich tätige Mitglieder gebunden, die sich eigentlich auf Ortsvereins- bzw. Unterbezirksebene engagieren sollten. Des Weiteren wären neben den Unterbezirksparteitagen und Mitgliederversammlungen auf Unterbezirksebene weitere Treffen zu organisieren, die mit großem organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden wären.

Das Konzept der regionalen OV-Arbeitskreise kann erhalten bleiben.

Für den Austausch zwischen den Ortsvereinen und den Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten sind die Wahlkreis Konferenzen geeignet, die zwischen den Wahlterminen einberufen werden können und die die Verbindung zwischen Parteibasis und gewählten Vertretern stärken.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:

Ä-8

Antragsteller:in	Wilhelm Ungeheuer, OV Kalbach-Riedberg
Bereich:	Handlungsfeld 1, Parteiorganisation, Punkt 7

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Punkt 7. wird abgelehnt

Begründung:

Die SPD als Mitglieder- und Mitmachpartei sollte die Beteiligung der Mitglieder durch eine Reduktion der Unterbezirksdelegierten nicht beschneiden. Innerparteiliche Demokratie darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:

Ä-9

Antragsteller:in	Hans-Georg Weigel, OV Hausen
Bereich:	Keine Beschlussfassung, sondern Verschiebung der Beschlussfassung auf den Jahresparteitag im Juli 2022

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die Mitgliederversammlung am 05.02.2022 berät und diskutiert die Vorlage „SPD Frankfurt 2.0“ und spricht Empfehlungen für die inhaltliche Gestaltung sowie das weitere Vorgehen zur Vorlage „SPD Frankfurt 2.0“ aus. Eine Beschlussfassung findet frühestens im Rahmen des geplanten UB-Parteitags am 16. Juli 2022 statt.

Begründung:

Der Vorstand des Unterbezirks hat die zum Jahresparteitag 2021 eingereichten Anträge zum Sachgebiet „Intern“ mit Bezug auf Parteiorganisation, Finanzen und Wahlkämpfe gebündelt, analysiert und zu einem schriftlichen Bericht verarbeitet. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Ebenso ist zu begrüßen, eine Strukturreform zur Aktivierung der Parteiarbeit in Frankfurt in Angriff genommen wird. Eine Beschlussfassung sollte allerdings bis zum UB-Jahresparteitag im Juli 2022 ausgesetzt werden. Dies vor allem aus zwei Gründen:

**1. Das Verfahren ist zu kurz:**

Es ist keineswegs so, wie die Zeitschiene auf Seite 3 der Beschlussvorlage „SPD Frankfurt 2.0“ suggeriert, dass eine intensive und ausführliche Beratung mit den Ortsvereinen zu den Inhalten der Beschlussvorlage stattgefunden hat. Wenn überhaupt sind vornehmlich die OV-Vorsitzenden informiert, die Mitglieder-Ebene wird erst durch die MV einbezogen und soll gleichzeitig und weitreichend beschließen.

Die Ortsvereins-Vorsitzenden konnten am 13.01.22 über das Papier diskutieren. Für eine vertiefende Diskussion standen pro Handlungsfeld rund 50 Minuten zur Verfügung. Das ist zu wenig!

Wer mit Veränderungsprozessen in Organisationen, Verwaltung oder Unternehmen zu tun hat, weiß, dass solche Prozesse nur dann erfolgreich sind, wenn alle Beteiligte aktiv in den Veränderungsprozess einbezogen werden. Andernfalls entstehen Akzeptanz- und Verständnishürden, die in der Regel die beabsichtigten Veränderungen zum Scheitern bringen.

Das Papier erzeugt einen hohen Erwartungsdruck, was die angekündigten Maßnahmen betrifft, ein Scheitern erzeugt erhebliche Frustration.

Genau dies droht angesichts des „Hau-Ruck-Verfahrens“ und schnellen Verabschiedung zur Beschlussfassung. Wirkungsvolle Konzepte brauchen ausreichend Zeit und Raum!

## 2. Die Inhalte der Beschlussvorlage sind nicht abstimmungsreif:

Das Papier ist in vier Handlungsfelder gegliedert und enthält zahlreiche Maßnahmen in unterschiedlicher Konkretisierung und Konsistenz. Dem Vorschlag fehlt insgesamt die Stimmigkeit.

So enthält die Vorlage des UB-Vorstandes im Bereich „Handlungsfeld 1 Partei- Organisation“ gravierende Vorschläge zur Einführung einer neuen Ebene zwischen Ortsvereinen und Unterbezirk. Im Anschluss an diese Diskussion wurde das Konzept der regionalen Arbeitskreise (S. 3, Punkt 4) aufgenommen. Dieses Konzept scheint für einige Ortsvereine stimmig zu sein, für andere nicht. Vor allem nicht für solche, die auf der Ebene der Ortsbezirke miteinander kooperieren und damit gute Erfahrungen machen.

Schon an dieser Stelle drängen sich allein 3 verschiedene Modelle als diskussionswürdig auf, und zwar 1. Modell Stadtbezirke, 2. Modell Arbeitskreise und 3. Modell Zusammenschlüsse innerhalb des jeweiligen Ortsbezirks. Angesichts der sehr unterschiedlichen Bedürfnisse der Ortsvereine hinsichtlich Größe, sozialer Struktur, etc. ist eine Passung der verschiedenen Modelle mehr als diskussionswürdig.

Vollständig unbeachtet bleibt der Unterbezirks-Beirat, der nach § 16 der Satzung des Unterbezirks viermal im Jahr zusammenkommen soll, und das satzungsgemäße Bindeglied zwischen Ortsvereinen und Unterbezirksvorstand ist. Er ist satzungsgemäß *„rechtzeitig in schwerwiegenden organisatorischen Fragen anzuhören“*. Oder ist der Unterbezirksbeirat im Laufe des letzten Jahres sang- und klanglos eingestellt worden?

Somit gibt es mindestens vier konkurrierende Modelle, Stadtbezirke, Arbeitskreise, Zusammenschlüsse auf Ortsbezirks-Ebene und Bindeglied-Funktion des Unterbezirks-Beirats, die in eine vergleichende Betrachtung einfließen müssten.

Unter 1.9 ist die Zusammensetzung der Task Force OV Arbeit genauestens definiert. Die Zusammensetzung der Task Force wirft die Frage auf, ob auf diese Weise ausreichend Akzeptanz bei unterstützungsbedürftigen Ortsvereinen erzeugt werden kann? Wer von diesen ist bereit, ausgerechnet in einer Krise auf *„eine Vertretung des Unterbezirksvorstands, der Geschäftsstelle sowie auf fünf Vertreter\*innen der Ortsvereine“* zurückzugreifen? Wozu dann noch die OV-Betreuer\*innen des Unterbezirks-Vorstandes?

Auf Seite 9, 1-3, wird der organisatorische Hintergrund zur Umsetzung der Maßnahmen beschrieben. Dabei spielt die Geschäftsstelle eine große Rolle. Das Ziel *„die vielseitigen administrativen Aufgaben des Tagesgeschäfts zu optimieren und mehr Raum für Dienstleistungen, projektbezogene und konzeptionelle Arbeit und für die Durchführung von Kampagnen und nach Außen gerichtete Maßnahmen zu schaffen“* ist sinnvoll. Wie dies mit einer befristeten Personal-Stelle angesichts der bestehenden Dauer-Überlastung der Geschäftsstelle realisiert werden soll, erschließt sich nicht aus der Beschlussvorlage.

Für das gesamte „Handlungsfeld 2 Parteischule“ stellt sich die Frage, inwieweit die angedachte Frankfurter Parteischule auf Ressourcen des Bezirks Hessen Süd mit Toni-Sender Akademie oder die der Kommunalakademie der AfK zurückgreift. Doppelstrukturen machen keinen Sinn. Wie wird die Parteischule

finanziert?

Insgesamt stellt sich die Frage, mit welchen Ressourcen die zahlreichen Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Einerseits fehlen 100.000 EURO, andererseits soll mehr Personal eingesetzt werden. Mit einer bis 2026 befristeten Personalstelle. Was die Frage provoziert, ob mit Ende der Wahlkampfphase 23 bis 26 die Strukturen wieder zusammenfallen können. Die Kosten-Einsparung durch einen reduzierten Jahresparteitag kommen erst 2023 zum Tragen und kompensieren maximal ein Drittel der fehlenden Wahlkampfgelder. Dies alles angesichts einer Geschäftsstelle, die aktuell bereits überlastet ist.

Ein „Handlungsfeld 5 Geschäftsstelle“, das beschreibt und operationalisiert, wie die *„vielseitigen administrativen Aufgaben des Tagesgeschäfts zu optimieren und mehr Raum für Dienstleistungen, projektbezogene und konzeptionelle Arbeit und für die Durchführung von Kampagnen und nach Außen gerichtete Maßnahme zu schaffen“* sind, wäre dringend nötig, fehlt aber völlig.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt

Änderungsantrag:	Ä-10
Antragsteller:in	Lukas Schneider, OV Nordweststadt-Süd // Karla Alpers, OV Gallus // Paul Lüber, OV Bockenheim I
Bereich:	Handlungsfeld 1, Parteiorganisation, Punkt 7

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

“Der Delegiertenschlüssel für den Jahresparteitag der SPD Frankfurt bleibt unverändert. Es wird geprüft, ob durch digitale Teilnahmemöglichkeiten sowie Innovationen die Delegiertenzahl vor Ort und somit die notwendige Raumgröße verringert werden kann. Unsere Mitglieder sind unsere Stärke, Partizipation sowie der Ausbau von Mitgliedsrechten müssen Kernanliegen einer modernen Partei sein.”

Begründung:

Wir begrüßen die Initiative des UBV zur Modernisierung der Strukturen der SPD Frankfurt ausdrücklich. Die Vorschläge zur Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb unserer Partei sind richtig und bedeutend für die Entwicklung unserer Frankfurter SPD.

Unser Änderungsantrag bezieht sich auf Punkt 7 im Handlungsfeld Parteiorganisation, der Anpassung des Delegiertenschlüssel des Jahresparteitags. Eine Verringerung der Delegiertenzahl widerspricht der Grundhaltung der ansonsten geplanten Strukturreform. Das Gesamtpapier stellt richtigerweise fest, dass unsere Strukturen nur so gut sind, wie diejenigen, die sie mit Leben füllen. Dafür müssen Genoss\*innen motiviert und befähigt werden. Für alle, aber insbesondere für junge Genoss\*innen ist die Teilnahme und Partizipation am Jahresparteitag ein Highlight und bietet erste niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort. Nicht selten dient der Jahresparteitag auch als erste übergreifende Vernetzung junger Genoss\*innen mit der Gesamtpartei, wie viele Neumitglieder uns berichten. Durch die geplante Änderung würde der Zugang zum zentralen Organ der Partei, an dem bedeutende Entscheidungen getroffen und Wahlen abgehalten werden, somit besonders für junge und neue Mitglieder erschwert. Dies ist sicherlich nicht die Absicht des Papiers, das abgesehen von diesem Punkt die vollständige Unterstützung der Frankfurter Jusos findet. Uns ist insgesamt bewusst, dass mehr Delegierte auch höhere Kosten bedeuten können, da größere Räume benötigt werden. Daher schlagen wir vor, dass für inhaltliche Parteitage eine hybride Teilnahme geprüft wird, um Mietkosten zu reduzieren.

Wir brauchen dringend eine Strukturreform, um die Partei attraktiver zu gestalten und die Partizipationsmöglichkeiten zu stärken. Nur als wachsende Partei haben wir eine Zukunft. Deswegen sehen wir die Parteitagsverkleinerung als Widerspruch zum restlichen Papier. Wir möchten, dass die Mitbestimmung in der Partei gestärkt wird und hierfür mehr Neumitglieder an Entscheidungen und Wahlen partizipieren dürfen.

Wir halten die in der Beschlussvorlage angedachten Reformen für unsere Parteistrukturen für richtig und wollen sie vollumfänglich unterstützen. Gerade deshalb möchten wir erreichen, dass die neuen Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitarbeit aller Genoss:innen nicht durch den erschwerten Zugang zum Jahresparteitag abgewertet werden. Abschließend danken wir allen am Papier beteiligten Personen für die hervorragenden Vorschläge die unsere Partei moderner, inklusiver und schlicht besser machen.

**Votum der Mitgliederversammlung:**

Änderungsantrag      ( ) Angenommen                      ( ) Abgelehnt